

Für ihre Fraktion erläuterte Frau Piéla-Jonda noch einmal diesen Antrag.

Vor Eintritt in die Sachdiskussion verwies Frau Silber-Bonz darauf, dass das angesprochene Projekt bereits Gegenstand des stattgefundenen Bürgerforums zur Urbanen Mitte gewesen sei und hier bereits Vorstellungen zur künftigen Nutzung angemeldet werden konnten. Für die Verwaltung machte Herr Stroß deutlich, dass im Rahmen der regelmäßigen verwaltungsinternen Arbeitsgruppenbesprechungen und auch in den Besprechungen mit den Vertretern des Projektträgers Vorstellungen der Stadt Sankt Augustin für eine vielseitige Nutzung des „Bürgerforums“ angemeldet worden sein.

Im Rahmen eines „runden Tisches“ unter anderem mit der Leitung der VHS Rhein-Sieg, Vertretern des städtischen Sozial- und Seniorenbereiches, der Behindertenbeauftragten der Stadt Sankt Augustin, des Umweltamtes und weiterer Dienststellen der Verwaltung sei der städtische Bedarf zur Nutzung des Objektes untersucht und so dezidiert unter Beteiligung von Dez. IV beim Projektträger angemeldet worden. Eine Berücksichtigung dieser Bedarfsanmeldung lasse die aktuelle Planung für das Projekt Bürgerforum jedoch nicht mehr erkennen. Die aktuellen Pläne weisen hingegen einen Veranstaltungssaal mit 385 Plätzen im Erdgeschoss und einem großen Foyerbereich mit einigen Nebenräumen im Untergeschoss aus. Das Konzept des Bauherrn und künftigen Betreibers sehe vor, dass man diese Räumlichkeiten für eine individuelle Nutzung jeweils anmieten könne. Diese Möglichkeit stehe dann der Stadt Sankt Augustin ebenso offen, wie auch anderen (privaten oder kommerziellen) Interessenten. Herr Stroß verwies darauf, dass die städtische Kulturarbeit auf der Grundlage des seinerzeit durch den Rat beschlossenen Konzeptes unter dem Titel „Grundlage der städtischen Kulturarbeit“ erfolge und er deshalb keinen Handlungsbedarf im Sinne des vorliegenden Antrages sehe. Sofern die Stadt die Absicht verfolge zum Beispiel den ermittelten Raumbedarf für die Volkshochschule im geplanten Bürgerforum durch den Bauträger realisieren zu lassen, so müsse sie die dadurch bedingten Mehrkosten in der Bauausführung vermutlich selbst tragen und auch die folgenden Unterhaltungskosten hierfür aufbringen.

Seitens der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde deutlich gemacht, dass seitens der Stadt keine stärkere Einflussnahme auf die Nutzung des Projektes erfolgen könne, als dies bereits durch die Bedarfsermittlung und Anmeldung gegenüber den Bauträgern geschehen ist. Da das gesamte Projekt auf Kosten des Investors erstellt werde und die Stadt nicht in der finanziellen Situation sei, Ansprüche zu stellen und selbst Kosten hierfür zu tragen.

Herr Wagner schloss sich der Auffassung der Verwaltung an, dass nicht der Kulturausschuss Ansprüche auf Nutzung des Bürgerforums stellen könne, sondern dies Gegenstand von Beratungen im Zentrumsausschuss sein müsse. Im Gespräch mit dem Investor sollte eruiert werden, inwieweit er bereit ist, die Vorstellungen der Verwaltung zur Nutzung des Bürgerforums zu berücksichtigen, ohne dass daraus finanzielle Belastungen für den städtischen Etat resultieren. Erst nachdem seitens des Investors der Stadt Nutzungsmöglichkeit nach deren Vorstellungen und finanziellen Möglichkeiten eingeräumt werden, könne sich der Kulturausschuss mit der Frage befassen, was konkret im Bürgerforum im Sinne der Stadt umgesetzt werden könnte.

Nachdem von allen Fraktionen die unterschiedlichen Auffassungen über den Antrag ausgetauscht worden waren, stimmte der Ausschuss über den Antrag ab.

2 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

Der Antrag wurde somit abgelehnt.